

Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen, 17.12.2024, Ruth Birkle

**Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick,
Herr Bürgermeister Glaser und Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Gäste,**

der neu gewählte Gemeinderat musste im ersten Jahr seiner neuen Amtszeit sofort und sehr deutlich wahrnehmen, wie wenig Spielraum eine Kommune hat und wie eng es in wirtschaftlich angespannten Zeiten wird. Probleme der großen Politik kamen und kommen immer bei den Kommunen als Handlungseinschränkungen an – doch nur vor Ort wird Politik zur Praxis und Sparmaßnahmen greifen unmittelbar in das Leben ein. Die Kommunen werden deshalb verstärkt Unterstützung benötigen.

Wir werden dennoch nicht vorauseilend für Stellenstreichungen plädieren. Das Umweltamt benötigt für seine verantwortungsvollen Aufgaben Unterstützung, hier stehen insbesondere Maßnahmen für den Biotopverbund an. Ebenso Hilfe benötigt der Gemeindevollzugsdienst, auch wenn das nicht gerne gehört wird und wenn es wunderbar wäre, diese Arbeit wäre überflüssig. Ebenfalls dringend wird die Stelle bei der Stadtbibliothek gebraucht. Bibliotheken sind ein niederschwelliges und hochkarätiges Instrument, wenn es darum geht, Bildungschancen für alle zu erhöhen und zu sichern – gerade auch in schwierigen Zeiten.

Sie sind aber auch ein Treffpunkt, der Wissen für alle frei zugänglich zur Verfügung stellt. Es sind wichtige soziale Orte, an denen Menschen gerne zusammenkommen, um Zeit zu verbringen, zu interagieren und soziale Kontakte zu knüpfen. In zum Beispiel Vorlese-Veranstaltungen für Kinder oder Vorträgen für Erwachsene wird diese Funktion einer Bibliothek noch erweitert. Auch wenn die Diskussion um einen Neubau gerade stockt: Für uns steht die Bibliothek in der Priorität ganz oben und wir werden bei dem Thema aktiv bleiben. Gleiches gilt für unsere Jugendeinrichtungen und Jugendsozialarbeit.

Aktuell steht ein Neubau auf der Tagesordnung: die neue Wache der Malteser. Dabei setzen wir uns für eine verdoppelte Unterstützung für den Verein ein, also 400.000 Euro, so wie die Unterstützung nach unseren Vereinsförderrichtlinien möglich wäre. Wir sind überzeugt, dass diese Investition richtig und notwendig ist, leisten die Malteser doch auch wichtige Arbeit zum Wohl der Stadt und der Bürgerschaft, mit einem hohen persönlichen ehrenamtlichen Engagement.

Die Planungen für das alte Feuerwehrhaus werden spätestens dann, wenn die Malteser ausziehen, weitergehen müssen. Leider fehlt hier eine offene, transparente Debatte. Gut gemeint wird hier die kommunale Demokratie ebenso stark strapaziert wie die Geschichte hingebogen. Wir hoffen immer noch auf eine kluge Lösung mit Vernunft ohne Drohungen und Vorwürfe. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass an diesem Ort Bibliothek und Volkshochschule richtig sind.

Die Radwegeplanungen insbesondere am Knotenpunkt „Weißes Kreuz“ von Heidelberger, Balthasar-Neumann-, Schönborn- und Gutleutstraße begrüßen wir. Die Ausleitung des Radwegs auf die Forster Straße muss jedoch nochmal überdacht werden.

Leider wird bei den meisten Planungen der Fußverkehr vergessen. Die Fußwege sind oft holprig, meist zu schmal und sehr oft zugeparkt. Richtig: Gut trainierte zu Fuß laufende Menschen schaffen die Hürden von Mülltonne bis Baustellenabsperungen und Auto mühelos, aber mit Kinderwagen oder gar Rollator und Rollstuhl wird es schwierig. Zum Thema Barrierefreiheit ist einiges zu sagen, aber hier heute nur kurz: Das schlimmste Beispiel ist der städtische Aufzug am Bahnhof: Mensch weiß nie, ob er funktioniert. Für die wachsende E-Bike-Gemeinde bedeutet dies nun einen gewaltigen Kraftakt, ist teilweise ganz unmöglich, von Rollstuhl- und RollatornutzerInnen ganz zu schweigen. Nachhaltig und immer benutzbar wäre dagegen eine Rampe, zudem wesentlich wartungsärmer und kostengünstiger. Wir regen an, die Planung auf der städtischen Seite noch einmal scharf anzuschauen. Das wird nicht gerne gemacht, aber zukunftstauglich ist die jetzige Aufzugslösung nicht.

Gerne organisieren wir mit den Planungsverantwortlichen eine Selbsterfahrungsveranstaltung mit Bikes und Rollis.

Wir begrüßen den geplanten Neubau eines sieben-gruppigen Kindergartens auf dem Campus-Areal. Hier wären auch neun Gruppen denkbar und wahrscheinlich sogar schon heute notwendig. Das neue Gebäude sollte auf jeden Fall so geplant werden, dass es problemlos erweitert werden kann. Wir wissen auch, dass ein Gebäude nicht reicht: Wir brauchen Personal und für den neuen Kindergarten einen Träger. Hier wird es spannend: Finden wir einen Träger, der sich in die städtische Gebührenstruktur einfügt? Vorbildlich ist in Bruchsal, dass Kinderbetreuung in allen Einrichtungen gleich viel kostet. Wenn kein passender Träger gefunden wird, möchten wir hier keine Kompromisse machen. Dann sollte – wir wiederholen es – die Stadt in die Trägerschaft einsteigen.

Wichtig sind im kommenden Jahr die Investitionen bei der Bruchsaler Wohnungsbaugesellschaft und deren Unterstützung durch die Stadt. Immer noch verzeichnet Bruchsal Wachstum und über 400 Menschen stehen auf der Warteliste der Bruchsaler Wohnungsbaugesellschaft. Weiter muss auch dafür geworben werden, leerstehenden Wohnraum an den Markt zu bringen. Vielleicht hilft hier am Ende die aktuelle Grundsteuer, die die Verhältnisse gerechter abbildet und Leerstand nicht noch fördert. Ebenso könnten endlich zentrumsnahe brachliegende Baugrundstücke an den Markt kommen und so den Druck auf den Außenbereich senken.

Den Kauf des Geländes der ehemaligen Landesfeuerweherschule unterstützen wir ebenso wie die Zwischennutzung als Erstaufnahmeeinrichtung. Hier wird Wohnungsbau folgen, dabei inzwischen selbstverständlich auch geförderter, sog. sozialer Wohnungsbau. Die Entwicklung des Baugebiets Weiherberg II hat Ressourcen bei der Stadtverwaltung beansprucht. Bei diesem Gebiet schien große Nachfrage zu bestehen, leider war das eine Fehleinschätzung. Wäre das Baugebiet zurückgestellt worden – was auch ökologisch sinnvoll gewesen wäre - könnten wir bei der Entwicklung des Baugebiets alte Feuerweherschule bereits weiter sein. Jetzt werden erst einmal Flüchtlinge dort eine kurze Phase ihres Lebens verbringen und es ist klar: So ruhig wie es jetzt dort ist, kann es bei einer Ansiedlung von Menschen nicht bleiben. Dabei wissen wir alle: Migration gehört zur Geschichte der Menschheit. Migration hat unsere Zivilisation erst möglich gemacht, ganz unabhängig davon, ob sie freiwillig oder unfreiwillig erfolgte. In den allermeisten Fällen waren die sogenannten Einheimischen, die bereits Ortsansässigen, nicht einverstanden. Das heißt: Wir erleben hier nichts Ungewöhnliches, nichts Neues und auch nichts Einmaliges. Wir leben aber heute wie früher mit der Hoffnung, möglichst wenig von den Neuankömmlingen mitzukriegen, nicht in unserer Ruhe gestört zu werden. Und tatsächlich ist das in den allermeisten Fällen auch der Fall – ganz anders als zu früheren Zeiten übrigens! Doch unsere Menschenwürde existiert nicht unabhängig von den Mitmenschen, nicht neben der von Fliehenden. Wenn wir das verstanden haben, werden wir tolerant und großzügig das Problem meistern. Auch auf dem Weiherberg.

Im ganzen Land und auch in Bruchsal stehen Investitionen in die Energietransformation an, um die Lebensqualität zu sichern. Der Ausbau der erneuerbaren Energiequellen muss dazu in allen Bereichen fortgesetzt werden. Neben dem Ausbau von Photovoltaik und Windenergieanlagen stehen Investitionen in das Geothermie -Nahwärmenetz und das Stromnetz an. Dazu wird großes Kapital benötigt: Bei den Kreditinstituten wird bereits über Finanzierungsinstrumente beraten.

Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass Bürgerbeteiligungsmodelle die Energiewende unterstützen. Diese erhöhen nebenbei nachhaltig die Akzeptanz der neuen Energiequellen. Wir begrüßen ausdrücklich den geplanten Windpark Bruchsal/Heidelsheim/Kraichtal, von dem nicht nur die Umwelt, sondern auch Bruchsal und damit seine Einwohnerinnen und Einwohner profitieren werden. Die gemeinsame Ausschreibung und Planung ist ressourcenschonend, sinnvoll und vorbildlich.

Interessanterweise wird dabei viel von dem Waldverbrauch gesprochen. Doch nicht bemerkt wird, dass das Defizit im Forsthaushalt 2025 ca. 300.000 Euro beträgt. Das heißt: Der Stadtwald braucht Unterstützung. Dabei wird nach wie vor auf Einnahmen durch den Holzverkauf gesetzt, der weder

ökonomisch noch ökologisch sinnvoll ist und dringend weiter gesenkt werden sollte. Diese Waldnutzung schadet im Gegensatz zu den geplanten Windenergieanlagen, mit deren Einnahmen nicht nur der Brennholz-Einschlag beendet, sondern vor allem in ökologisch sinnvolle Maßnahmen investiert werden kann. Auch weitere Investitionen im Bereich Umwelt- und Naturschutz werden mit den Pacht - Einnahmen der Windenergieanlagen finanzierbar, der Nutzen wird den Schaden bei weitem übersteigen.

Das Konzept für einen Biotopverbund auf Bruchsaler Gemarkung ist erfreulich. Ohne ein Mindestmaß an zusammenhängenden Refugien für Pflanzen und Tiere sind alle Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität nur Schall und Rauch. Nach dem Willen der Landesregierung sollen so bis 2030 Biotopverbundflächen mit einem Anteil von 15 % zusammenkommen. Wir sprechen von Flächen in Bruchsal, die wir schaffen wollen. Am besten schneller und vor allem mehr, aus naturschutzfachlicher Sicht sind 15 % die Untergrenze. Auf das Umweltamt kommt in den nächsten Jahren auf jeden Fall viel Arbeit zu. Die Veränderungen verbessern die Umweltbedingungen für zahlreiche Lebewesen und damit auch für den Menschen.

Wir haben darauf verzichtet, für 2025 für Radwege und Bibliothek weitere Gelder zu fordern. Einmal vor allem deshalb, weil dafür bereits einige Projekte im Haushaltsplan stehen. Dazu kommt, dass wieder so viele Projekte im Plan stehen, dass zu befürchten ist, dass diese kaum alle gleichzeitig abgearbeitet werden können. Einige davon warten schon heute darauf, als zu hohe Verpflichtungsermächtigungen zu Jahresende vom Rechnungsprüfungsamt kritisch gewürdigt zu werden. Sie sind aber nicht unnötig und nicht weg zu streichen: Nötig sind sie immer wieder, um nicht zu vergessen, wie hoch der Sanierungsstau ist und wie dringend diese Maßnahmen sind.

Die Zahlen für die kommenden Jahre, die wir im Haushalt zur Kenntnis nehmen müssen, implizieren eine Zukunft mit schrumpfendem Handlungsspielraum. Sie drohen uns an, jede sogenannte Freiwilligkeitsleistung streichen zu müssen und die Stadtgesellschaft in Frage zu stellen. In den kommenden Jahren wird deshalb, wie schon in der Vergangenheit, mit unseren Prämissen an Steuererhöhungen kein Weg vorbei führen. Doch städtische Infrastruktur, Theater, Musikschule, Bibliothek, Schwimmbäder, Jugendhäuser, Wald und Naherholungsgebiete machen eine Ansammlung von Häusern erst zu einer lebenswerten Stadt. Hier sollte die Stadt durchaus selbstbewusst sagen, dass Gebühren und Eintrittsgelder an keiner Stelle die wahren Kosten abdecken. Würden die genannten Einrichtungen nicht von der Stadt subventioniert, gäbe es sie nicht oder sie wären nur Eliteeinrichtungen für wenige. Bei den Kinderbetreuungseinrichtungen sieht es ähnlich aus: Das meiste, ca. 80 %, bezahlen Stadt und Land, die Eltern nur ca 20 %. Davon profitieren nicht nur die Familien, sondern auch die Wirtschaft. Die Gewerbeunternehmen profitieren aktuell wiederum von der neuen Grundsteuer – d.h. hier wird die Debatte über die Erhöhung der Gewerbesteuer folgen.

Wir haben heute alle technischen Mittel in der Hand, überall auf der Welt lebenswerte Zustände zu schaffen – wir sollten diese Mittel mit Vernunft, selbstbestimmt und aufgeklärt nutzen. Die Städte, dort wo die sogenannte große Politik praktisch wird und ihre Auswirkungen zeigt, stemmen sich oft tapfer gegen manche Zumutung und Kürzungen, denn ohne die sogenannten Freiwilligkeitsleistungen sind sie nicht lebenswert. Um diese Leistungen waren wir immer wieder besorgt, immer wieder haben wir befürchtet, der Haushalt der Stadt Bruchsal werde so verheerende Löcher aufweisen, dass Bibliothek, Musikschule und Bäder darin versinken würden - das konnten wir bis jetzt verhindern. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass das Geld nicht in Prestigeprojekten versandet, sondern in sinnvolle Projekte fließt.

Das heißt: Erwähnenswertes Sparpotential entdecken wir im Haushaltsplan 2025 nicht. Bibliothek und Schwimmbäder, aber auch Wald und Biotopflächen sind für uns freiwillige, aber notwendige Leistungen. Bildungschancen, Integration, Gesundheit und Lebensglück stehen für uns ganz vorne.

Wir danken zum Schluss der Verwaltung für ihre Arbeit und stimmen dem Haushaltsplan 2023 zu.